Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Auer und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 25 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908.

Nr. 217 — Mittwoch, den 17. September 1924 — 19. Jahrgang

Das Ergebnis des Kabinettsrats.

Eine offiziöse Erklärung betont die Einmütigkeit zwischen Kanzler und Außenminister.

Das Wolffsche Telegraphenbureau teilt mit:

In Erörterungen der Presse ist in der letzten Zeit wiederholt von Gegensätzen zwischen dem Reichskanzler Marx und dem Außenminister Dr. Stresemann gesprochen worden. Gegenüber diesen Behauptungen sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß beiden Persönlichkeiten von diesen Gegensätzen nichts bekannt ist. Die von dem Außenminister seinerzeit mit den Führern der deutschnationalen Opposition geführten Verhandlungen wegen der Erklärung über die Kriegsschuld sind im Einverständnis mit dem Reichskanzler und dem Kabinett erfolgt. Die heute sogleich nach der Rückkehr des Reichskanzlers erfolgte Aussprache hat erneut ergeben, daß über die Gesamtpolitik sowie besonders in den Fragen der Notifizierung der Kriegsschuld und des Eintritts in den Völkerbund keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichskanzler und Außenminister besteht oder bestanden.

Die Berliner Kabinettssitzung im Beisein des Kanzlers.

Berlin, 15. September. Wie es heißt, hat der Reichskanzler seinen Urlaub noch nicht beendet, sondern lediglich unterbrochen. Er wird deshalb für einige Zeit Berlin wieder verlassen, um sich dann vom nächsten Montag ab seinen Amtsgeschäften zu widmen.

Die heutige Kabinettssitzung hat also keinen die brennenden Probleme irgendwie entscheidenden Charakter. Ueber Zweck und Inhalt der heutigen Besprechungen unterrichtet folgende Information unserer Berliner Schriftleitung:

Berlin, 15. September. Reichskanzler Dr. Marx traf heute vormittag aus Sigmaringen hier ein. Besprechungen mit politischen Persönlichkeiten hat er bis mittag noch nicht gehabt, da er erst mit der Durchsicht der Einläufe sich zu beschäftigen hatte. Mittags fand ein Kabinettsrat statt, der sich nach der offiziellen Tagesordnung mit außenpolitischen Fragen der Kriegsschuldnotifizierung, des Eintritts in den Völkerbund und dergl. nicht beschäftigte. Diese Fragen sollen, wie im Auer Tageblatt schon gestern gemeldet, erst in einem Kabinettsrat am 22. d. M. unter dem persönlichen Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert zur Verhandlung kommen.

•

Berlin, 16. Sept. Zu der offiziösen Erklärung nach der die Aussprache, die gestern zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister stattfand, ergeben habe daß besonders in der Frage der Notifizierung der Kriegsschulderklärung und in der des Eintritts in den Völkerbund keinerlei Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien, bemerkt die „Germania": Die Reichsregierung hat zwar erklärt, daß sie den Widerruf der Kriegsschuld den fremden Mächten amtlich zur Kenntnis bringen werde, es hat sich aber inzwischen immer deutlicher gezeigt daß eine Notifizierung im Augenblick untunlich wäre und die politische Lage unnötig erschweren würde, ohne die Kriegsschuldfrage selbst auch nur einen Schritt vorwärts zu bringen. Deshalb wird die Notifizierung einstweilen nicht erfolgen. Es darf als sicher gelten, daß der Kabinettsrat, der am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentritt in diesem Sinne beschließen wird. Die Kriegsschuldfrage dürfte damit einstweilen als erledigt gelten und so lange vertagt sein, bis sich ein geeigneter Anlaß für ihre Wiederaufnahme ergibt. Dies könnte der Fall sein wenn die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund akut wird.

Politische Kombinationen.

Eine Korrespondenz erklärt, es sei nicht ausgeschlossen, daß es zwischen den Parteien auf einer Grundlage zu einer Einigung komme die in unterrichteten Kreisen bereits lebhaft erörtert wird. Danach soll der Reichskanzler Marx von seinem Amte zurück- und an seine Stelle der Abgeordnete der Bayrischen Volkspartei Graf Lerchenfeld-Höfering treten, der als alter Diplomat besonders für den Posten geeignet und auch persönlich allen Parteien sympathisch ist. Graf Lerchenfeld war bekanntlich in den Jahren 1921/22 bayrischer Ministerpräsident. Außenminister Stresemann würde weiter in seinem Amte bleiben und der Deutschnationalen Partei entsprechend ihrer Stärke anderweitige Sitze im Kabinett eingeräumt werden. Auch den demokratischen Abgeordneten Dr. Geßler hofft man in seinem Ressort zu halten. Herrn Marx selbst aber will man für den ja in Kürze ebenfalls frei werdenden Posten eines Reichspräsidenten an Stelle Eberts in Aussicht nehmen.

Kriegsschuldfrage und Anleihe.

Washington 15. Sept. Der Berliner Vertreter der Hearstpresse Karl v. Wiegand meldet aus Berlin, man habe Owen Young vor dessen Abreise nach Paris versichert, die Uebermittlung der Kriegsschuldnote an die Alliierten werde auf einen gelegeneren Zeitpunkt verschoben werden. Wiegand fügt hinzu, er habe aus zuverlässiger Quelle erfahren, der deutschen Regierung sei von maßgebenden internationalen Bankiers zu verstehen gegeben worden, die Aufrollung der Kriegsschuldfrage könne in diesem Augenblick die nachteiligsten Wirkungen haben. Wenn Deutschland darauf verzichte, so bestünden Aussichten, für die Anleihe günstigere Zinsbedingungen durchzusetzen. In Betracht komme die Herabsetzung des vorgesehenen Zinssatzes um ½ oder 1 Prozent, was bei der Tilgung der Anleihe für Deutschland eine Differenz von zehn Millionen Dollars ausmachen könne.

•

Der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge hat mit der Anleihe gar nichts zu tun und muß selbstverständlich fortgesetzt werden, gleichgültig ob ein Verzicht bessere Zinsbedingungen ermöglicht oder nicht. Wir wünschen in dieser Frage hundert Prozent Wahrheit, ohne Rücksicht darauf, wieviel Prozent für die Anleihe zu zahlen sind. Weil wir die Schuldlüge wirksam bekämpfen wollen, haben wir vor unwirksamen Waffen gewarnt. Die Notifizierung im gegenwärtigen Augenblick würde den notwendigen Kampf nicht fördern, sondern hemmen.

Von der Reichsbahngesellschaft.

Oeser voraussichtlicher Generaldirektor.

Nachdem nunmehr die ausländischen Vertreter für den zukünftigen Generalrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft ernannt sind, wird in der allernächsten Zeit, voraussichtlich bereits in der laufenden Woche die Ernennung der deutschen Mitglieder des Eisenbahngeneralrates durch das Reichskabinett erfolgen müssen da dessen erste Sitzung schon für den 25. September vorgesehen ist. In dieser Sitzung wird nach Konstituierung des Generalrates die Wahl des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft sowie die Bildung der notwendigen Ausschüsse erfolgen. Es ist damit zu rechnen daß zum Generaldirektor der bisherige Reichsverkehrsminister Oeser gewählt werden wird, der dann aus dem Reichskabinett ausscheiden wird. Ueber die Namen der neuen deutschen Vertreter verlautet noch nichts Bestimmtes. Das Reichskabinett hat die Auswahl unter einigen hundert Kandidaten. Wahrscheinlich wird ihre Ernennung nach den Gesichtspunkten erfolgen, daß in dem Generalrat von deutscher Seite nach Möglichkeit die Länder, Industrie Handel, Banken, Landwirtschaft, eventuell das Reichsfinanzministerium und möglicherweise auch das Personal der Eisenbahn vertreten sein werden.

Kompromiß in der Sicherheitsfrage.

Genf, 15. September. Heute vormittag fanden offiziöse Besprechungen zwischen Lord Parmoor, Loucheur und Benesch über eine Kompromißformel in der Sicherheitsfrage statt, die gegenwärtig von dem Unterausschuß der dritten Kommission der Völkerbundsversammlung beraten wird.

Ein dänisch-englischer Schutzvertrag?

Wie Pariser Blätter aus Kopenhagen melden, hat die sozialistische dänische Regierung als Ausgleich für die von ihr beabsichtigte Abrüstung von Heer und Flotte mit der englischen Regierung einen Vertrag über den eventuellen Schutz der dänischen Küste abgeschlossen wonach die englische Flotte das Recht erhalten soll die dänischen Häfen in der Nord- und Ostsee zu besetzen.

Der ganze Kaukasus vom Aufstand ergriffen.

Paris, 15. September. Die Gesandtschaft von Georgien in Paris hat eine Depesche erhalten des Inhalts, daß die Tunnels zwischen Batum und Tiflis gesprengt wurden. Die Aufstandsbewegung dehne sich im Norden des Kaukasus weiter aus und nehme im ganzen Kaukasus einen allgemeinen Charakter an.

Rotterdam, 15. September. Reuter meldet aus Moskau: In Tiflis hat sich die unabhängige Republik Georgien konstituiert. Ein Interventionsantrag an den Völkerbund ist nach Genf abgegangen. — Der „Courant" meldet aus London: Die englischen Versicherungsgesellschaften erhöhen am 15. September die Zinssätze für Kriegsversicherungen nach Rußland von 5 auf 7 Prozent.

Republikanischer Tag in Plauen.

Die Landestagung des sächsisch-schlesischen Verbandes.

Plauen, 15. Sept. Der Landesverband Sachsen und Schlesien des Deutschen republikanischen Reichsbundes veranstaltete hier am Sonnabend und Sonntag seine Landestagung. Ministerpräsident a. D. Buck eröffnete sie. Die Berichte der Ortsgruppen bewiesen daß die seit Jahren vom Republikanischen Reichsbund erstrebte, die republikanische Staatsidee fördernde Bewegung zu einer Kulturbewegung geworden ist und neues staatspolitisches Leben allgemein erwacht. Die Hauptforderungen der Tagung liegen auf dem Gebiete der inneren Politik. Der Verfassungstag wird als gesetzlicher Feiertag gefordert, ebenso wenden sich die anwesenden Delegierten des Lehrerbundes gegen die Verseuchung der Schule durch die rechts gerichteten Elemente. Den Beamten, die allen Anfechtungen zum Trotz treu zur Republik stehen, spricht die Tagung ihren ganz besonderen Dank aus. Vom Reichsvorstand teilt Higber mit daß der Reichsbund alles daransetze, die Auflösung des Reichstages herbeizuführen. Am Sonntag fand dann gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Gefallenenehrung auf dem Friedhof und eine riesige Demonstration statt. Zwei große freie Plätze konnten die Massen der Teilnehmer kaum fassen. Polizeioberst Schützinger und Ministerpräsident a. D. Buck hielten Ansprachen, in denen zur Sammlung der Republikaner aufgerufen wurde.

Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

In Schneidemühl fand am Sonntag eine große republikanische Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Mehr als 2000 Kameraden des Reichsbanners marschierten um die Mittagszeit, von mehreren Musikkapellen begleitet durch eine dicht spalierbildende Menschenmenge durch die Straßen der Stadt. Zahlreiche Fahnen, mit denen die Häuser geschmückt waren, grüßten den Zug. Im Friedrichsgarten fand am Nachmittag durch den Senatspräsidenten Großmann die Weihe des Banners der jungen Ortsgruppe Schneidemühl statt. Der Oberbürgermeister von Schneidemühl begrüßte in einer kurzen Ansprache das Reichsbanner. Aus allen Reden klang das Treugelöbnis zur Verfassung und Republik hindurch, und es wurde versichert auf dem vorgeschobenen Posten in der Grenzmark Wacht zu halten. Reichspräsident Ebert hat Grüße und Glückwünsche übermittelt.

•

In Wittenberge fand am Sonntag unter sehr großer Teilnahme der republikanischen Bevölkerung eine Fahnenweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Wittenberge, statt. Die umliegenden Ortsgruppen waren in der Stärke von etwa 1000 Mann erschienen. Ein gewaltiger Umzug nachmittags durch die Stadt hinterließ einen nachhaltigen Eindruck. Der Oberbürgermeister von Wittenberge hielt eine Begrüßungsansprache von der Freitreppe des Rathauses. Auf dem Festplatz hielt die Weiherede der Ministerialrat Dr. Hentschel.

Der Legendenfabrikant Ludendorff.

Die Dolchstoßlegende, die von Ludendorff wenn nicht erfunden, so doch mit Begierde aufgegriffen ist als bequeme Kulisse, hinter der die Schuld der Kriegsführer an dem unglücklichen Ausgang des Krieges in der Versenkung verschwinden kann, ist nunmehr allmählich so sorgsam kritisch durchleuchtet worden, daß mit ihr nicht mehr viel Geschäfte gemacht werden können. Ludendorff hat es deshalb für nötig gehalten in Münster auf einem deutschvölkischen „Vaterländischen Tag" eine weitere Legende in die Massen zu werfen, die allerdings nicht mehr ganz neu, aber doch in der Agitation noch nicht sonderlich benutzt ist. Er erzählte nämlich seinen Gläubigen, im Jahre 1912 seien 150 000 Rekruten nicht zur Einstellung gelangt weil die allgemeine Wehrpflicht nicht durchgeführt worden sei, obwohl er nachdrücklich diese Durchführung gefordert habe. Wäre es nach seinem Wunsche gegangen, so hätte entweder niemand uns anzugreifen gewagt oder wenn es zum Krieg gekommen wäre dann wäre dieser in vier bis sechs Wochen siegreich beendet gewesen. Wegen dieser Unterlassung klage er Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie an. Etwas Sinnloseres hätte Ludendorff nicht gut von sich geben können. Erstens hat der damalige Kriegsminister v. Heeringen wie gerade ein Gesinnungsgenosse Ludendorffs General von Wrisberg in seinem Buch „Heer und Heimat" auseinandersetzt, die vom Generalstab geforderten drei Armeekorps ausdrücklich abgelehnt, weil sie bis 1914 garnicht aufgestellt werden konnten, ohne die Beschaffenheit des Heeres erheblich zu verschlechtern, und aus diesem Grund lehnte sie auch der Kaiser selbst ab. Zweitens